

KANTONSRAT

# Unispital und Pukelsheim

von Konrad Langhart, Kantonsrat Die Mitte, Stammheim  
07. März 2023



Der Kantonsrat hat gestern ein einziges Geschäft der Gesundheitsdirektion beraten. Bei der Änderung des Gesetzes über das Unispital Zürich ging es grundsätzlich um die Frage, in welchem Mass der Kantonsrat weiterhin bei wichtigen Entscheidungen des Spitals wie Auslagerungen, Beteiligungen und Gesellschaftsgründungen mitreden soll. Die Änderungsvorschläge sind eine Folge der Untersuchung von gravierenden Unregelmässigkeiten an vier Kliniken des Spitals, die 2020 bekannt geworden sind.

Es ging dabei um Mängel bei Führungs- und Organisationsstrukturen, bei Patientendokumentationen sowie bei Abrechnungen und Honoraren. Die zuständige Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) hielt in ihrem Untersuchungsbericht der Ereignisse ganze 75 Empfehlungen fest und reichte mehrere parlamentarische Vorstösse dazu ein. Die Regierung ist ebenfalls aktiv geworden und hat einige der Forderungen in die eigene Gesetzesvorlage aufgenommen. Der Handlungsbedarf ist also auf allen Seiten anerkannt.

Wie weit die Missstände mit der Gesetzesrevision aus der Welt geschafft werden können, bleibt abzuwarten. Die besten Strukturen nützen nichts, wenn die zuständigen verantwortlichen Kader suboptimal arbeiten. Das Gesetz wird in einer Woche weiterberaten, geht dann an die Redaktionskommission und kommt in einigen Wochen wieder in den Rat. Sollte allenfalls das Referendum ergriffen werden, wird das Volk das letzte Wort haben.

Schall und Rauch der kantonalen Wahlen haben sich mittlerweile verzogen, die Wunden sind wahrscheinlich an den meisten Orten einigermaßen verheilt, und der etwas weniger aufgeregte Alltag ist auch im Kantonsrat wieder eingeekehrt. An dieser Stelle möchte ich auch meinen Mitvertretern des Weinlandes zur Wiederwahl gratulieren. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Der Bezirk Andelfingen hat sich für Kontinuität entschieden. Auch wenn die Sitzverteilung in unserem Bezirk ohne Pukelsheim-Zuteilung genau gleich ausgesehen hätte, ist dieses Verfahren gerade für kleine Bezirke die bestmögliche Option. Speziell die Stimmen aller Parteien, die diesmal ohne Sitz ausgingen, sind damit nicht verloren, sondern werden bei der exakten Oberverteilung im Kanton berücksichtigt. Für die Ratsarbeit ist eigentlich nur diese von Bedeutung. Die Unterverteilung auf die Bezirke ist sekundär. Eine schlechte Alternative wäre die Einbindung unseres Wahlbezirkes in ein grösseres Gebilde. Das will ich nicht.

---